

Kein Ausweg aus der belgischen Staatskrise?

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 6

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347713>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kein Ausweg aus der belgischen Staatskrise?

Der sozialistischen Bewegung im internationalen Massstab kann der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie vor dem Problem eines neuerdings in die Halme schießenden Nationalismus, statt sich mit ihm theoretisch auseinanderzusetzen und eine programmatische Grundlage auszuarbeiten, den Kopf in den Sand steckt. Wo man es nicht mehr ignorieren kann, versucht man es mit der Linie des geringsten Widerstandes durch Mitschwimmen auf einer Welle des oberflächlichen Opportunismus. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die britische Labour Party wusste sich mit dem plötzlich auftauchenden und dann wieder fast verschwindenden schottischen und walisischen Nationalismus keinen Rat, da sie, Sklavin eines Zweiparteiensystems, nur auf die Auseinandersetzung mit der einzigen Regierungsalternative, den Konservativen, trainiert ist. Erst wollte man das als kleinbürgerliche und daher unwichtige Verirrung auf die leichte Achsel nehmen, dann beschloss man, den separatistischen Tendenzen durch nicht gerade weitgehende autonomistische Konzessionen den Wind aus den Segeln zu nehmen und war schliesslich erstaunt, dass ein Referendum nicht die notwendige Mehrheit brachte, weil die Menschen in Schottland und Wales in Wirklichkeit gar nicht so dringend nach Autonomie verlangten. Alles war nur Taktik ohne jede ideologische Basis.

Es war nicht immer so. Um die Jahrhundertwende hat die Sozialdemokratie des damaligen Vielvölkerstaates Österreich einen verzweifelten Versuch unternommen, trotz der Gegensätze zwischen den Nationen die Einheit der Partei aufrechtzuhalten – er ist im Endeffekt ebenso gescheitert wie ein ähnlicher 75 Jahre später in Belgien. Aber dieser Versuch wurde mit dem Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 unternommen, das eine grosse Leistung darstellte, weil es deutsche und tschechische, polnische und italienische, südslawische und ukrainische Sozialisten wenigstens für den Augenblick auf Grundsätze einigte, die allen Völkern Österreichs ein gleiches Mass an Gerechtigkeit garantieren sollten. Freilich wurde diese (kurzlebige) Einigkeit nur um den Preis erzielt – und damit ist der Zusammenhang mit der Gegenwart hergestellt –, dass man dem eigentlichen Problem, der Stellung der Minderheiten in den zu schaffenden, national möglichst einheitlichen autonomen Regionen, aus dem Wege ging. 80 Jahre später zeigt sich in Belgien die gleiche Erscheinung. Und weil es beinahe überall solche Probleme gibt – muss man daran erinnern, dass nach Ansicht der jurassischen Nationalisten das Juroproblem durch die Schaffung eines eigenen Kantons nicht erledigt ist, weil der Südjura in freier Abstimmung entschied, beim Kanton Bern zu verbleiben? –, scheint es für die sozialdemokratische Bewusstseinsbildung auch in anderen Ländern wichtig, sich über die belgische Problematik zu informieren.

Belgien ist das, was man einen künstlichen Staat nennt, der 1830 durch Zusammenlegung von Gebieten geschaffen wurde, die teils französisch, teils flämisch besiedelt waren. (Nach dem Ersten Weltkrieg sind die etwa 100 000 Deutschen in Eupen und Malmedy in der Nähe von Lüttich dazugekommen, denen vor einigen Jahren in Gestalt eines Deutschen Kulturrates einige Konzessionen gemacht wurden.) Solange die Flamen eine Minderheit und politisch weniger interessiert waren, haben die französisch-sprechenden Wallonen dem Staat ihren Stempel aufgedrückt. Inzwischen hat die stärkere Natalität der Flamen die Wallonen zur Minderheit im Land gemacht. Die ganzen letzten Jahrzehnte belgischer Staatlichkeit sind nun durch Auseinandersetzungen darüber ausgefüllt, wie man den Staat erhalten und trotzdem den Flamen jene Stellung geben kann, die ihnen zahlenmässig gebührt. Darüber ist sozusagen jedes Staatsbewusstsein verlorengegangen: Kaum jemand fühlt sich noch als Belgier, man ist entweder Flame oder Wallone.

Die bisher versuchten Reformen waren nicht imstande, das Problem zu lösen, haben aber zu teilweise grotesken Folgerungen geführt. Um den Flamen entgegenzukommen, hat man zum Beispiel, solange Belgien noch den Kongo (das heutige Zaire) verwaltete, den Negern nicht nur die französische, sondern auch die flämische Sprache beizubringen versucht, mit der sie kaum etwas anfangen konnten. Unsereins spricht eher französisch als flämisch, und so schien es dem Verfasser dieser Betrachtungen vor Jahren einmal richtig, einen Polizisten in Antwerpen in französischer Sprache nach dem Weg zu fragen; die Antwort bekam er auf flämisch. Wer im Auto von Brüssel nach Lüttich fährt, durchquert flämisches Sprachgebiet. Dabei wird ihm immer wieder gesagt, wie viele Kilometer es noch nach einer Stadt namens Luik ist. Von der ist dann plötzlich nicht mehr die Rede, aber eine Aufschrift besagt, dass eine (vorher nie genannte) Stadt Liège sieben Kilometer entfernt sei. Man ist nämlich inzwischen ins französische Sprachgebiet gelangt, wo man für die Stadt mit dem deutschen Namen Lüttich nicht mehr die flämische Bezeichnung Luik, sondern die französische, Liège, benützt. Die vernünftige Lösung zweisprachiger Bezeichnungen kommt nicht in Frage, weil man sich nicht darüber einigen könnte, welche Sprache zuerst stehen müsste. Wie sich etwa ein ahnungsloser Amerikaner da zurechtfinden soll, ist rätselhaft, interessiert aber die Sprachfanatiker nicht. Wenn der Brüsseler Flughafen, der für das ganze Land da ist, einen Monteur braucht, muss es ein flämischer Monteur sein, weil der Flughafen ausserhalb der Hauptstadt im flämisches Sprachgebiet liegt.

So wenig noch von einem gemeinsamen belgischen Staatsbewusstsein gesprochen werden kann, so wenig spürt man irgendeine Irredenta. Die Pariser Presse versäumt keine Gelegenheit, den Wallonen in ihren Rückzugsgefechten hilfreich beizuspringen; ihr zufolge sind bei jeder Gasthaus-rauferei in Belgien immer die Flamen der schuldige Teil. Aber irgendeine

Bewegung hin zu Frankreich gibt es in Wallonien nicht. Ebenso wenig sehnt sich in Flandern jemand nach einem Anschluss an die Niederlande, wie wohl die Unterschiede zwischen Flämisch und Holländisch unbeträchtlich sind. (Offiziell heisst übrigens das Flämische in Belgien «niederländisch».)

Wenn man von extremistischen Gruppen auf beiden Seiten und einer kleinen (nichtsdestoweniger sehr rührigen) KP absieht, gibt es in Belgien drei politische Parteien, die allein für die Regierungsbildung in Frage kommen. Die stärkste ist die Christlichsoziale Partei; sie ist über dem Sprachenkonflikt, ebenso wie die Liberale, die schwächste der drei, auseinandergebrochen in zwei voneinander völlig selbständige Parteien mit flämischer beziehungsweise wallonischer Mitgliedschaft. Die zweitstärkste ist die Sozialistische Partei, die auf grosse Traditionen internationalistischen Denkens zurückblicken kann. Sie war für so manche Belgier eine geistige Heimstatt vor allem deswegen, weil sie von dem nationalistischen Gezänk unberührt schien. Diese Menschen sind nun heimatlos, denn der Sprachenstreit hat auch die organisatorische Einheit ihrer Partei vernichtet. Versuche, sie wenigstens in Form einer gemeinsamen Zentrale zweier sprachlicher Föderationen aufrechtzuerhalten, sind gescheitert. Belgien hat heute zwei selbständige sozialistische Parteien, die Parti Socialiste Belge und die Belgische Sozialistische Partij, die nur nach aussen, der Internationale gegenüber, als Einheit auftreten.

Nach endlosen Auseinandersetzungen, die wiederholt Regierungskrisen ausgelöst haben, hat man sich zum Gedanken der Föderalisierung des Landes durchgerungen, ohne damit den Stein der Weisen gefunden zu haben. Theoretisch schien die Bildung je einer sich selbst verwaltenden flämischen beziehungsweise wallonischen Region, miteinander verbunden durch eine Staatsspitze, nicht kompliziert. In der Praxis gab es schwere Kämpfe um die Grenzziehung und die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung von französischen Sprachinseln in die flämische Region. (Man muss dazu wissen, dass viele Flamen Französisch können, aber wenige Wallonen Flämisch.) Weit grössere Schwierigkeiten, die zur gegenwärtigen Staatskrise geführt haben, bereitet aber die Hauptstadt Brüssel, die in keine der beiden Regionen einbezogen wird. Man hat sich schliesslich darauf geeinigt, ihr, die eine französischsprachige Bevölkerungsmehrheit hat, den Status einer eigenen Region zuzubilligen; aber als die Sache ins Parlament kam, sah sich Regierungschef Martens einer Revolte in seiner eigenen Partei, den flämischen Christlichsozialen, gegenüber, was schliesslich die Demission der aus Christlichsozialen und Sozialisten beider Nationen gebildeten Regierung unausweichlich machte. Die Flamen sehen sich der ihrer zahlenmässigen Stärke entsprechenden Stellung dadurch beraubt, dass von den drei Regionen eines künftigen belgischen Föderativstaates zwei ein französisches Gepräge haben sollen. Die Rebellen in Martens' Partei verlangen, wofür sie zweifellos gute Argumente haben, für die flämischsprachigen Minderheiten in den 19 Gemeinden, aus denen die Hauptstadt

Brüssel besteht, Minderheitenrechte, etwas, was im ganzen Projekt nicht vorgesehen ist. Die Antwort der Gegenseite ist das Begehren nach Minderheitenrechten für die Franzosen in jenen Vororten von Brüssel, die zur flämischen Region geschlagen wurden, ein Begehren, das durch die steigende Tendenz, ausserhalb des Stadtzentrums zu wohnen, gerechtfertigt wird. Aber was die einen kategorisch verlangen, wird von den anderen ebenso kategorisch abgelehnt. Jede Konzession in bezug auf Minderheitenrechte würde freilich den Lösungsvorschlag, der die Minderheitenrechte negiert, über den Haufen werfen.

Dass ein blühendes Land durch Intoleranz auf beiden Seiten an den Rand einer Staatskrise gebracht wurde, ist arg genug. Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus ist das Traurigste daran, dass es überhaupt kein sozialistisches Rezept zur Überwindung dieser Krise gibt.